



Offenburger Tageblatt
Badische Zeitung

Guller
 insideB

Stadtanzeiger
 sonstige.....

Datum: 02.05.2009



Unter Führung des DGB-Kreisvorsitzenden Klaus Melder (Vierter von links) zogen gestern 300 Menschen durch die Innenstadt.

FOTO: PETER HECK

DGB kämpft gegen Hungerlöhne

300 Gewerkschafter nahmen gestern an der Mai-Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes teil

VON UNSEREM MITARBEITER
ROBERT ULLMANN

OFFENBURG. Einen Beitrag zur Bewältigung der Krise von jenen, die sie verursachten, forderte Uwe Hildebrandt, Landesvorsitzender der Gewerkschaft Nahrung, Genussmittel, Gaststätten NGG gestern in Offenburg. Hildebrandt war am gestrigen Tag der Arbeit vor etwa 300 Zuhörern prominentester Gastredner der Mai-Kundgebung des DGB Ortenau. Zuvor hatte es einen Demonstrationsszug vom Fischmarkt zum Kulturforum gegeben.

„Wir haben die Krise nicht verursacht“ erklärte Hildebrandt, der früher als Jugendbildungsreferent in der Ortenau gewerkschaftlich aktiv war. „Nicht wir haben über unsere Verhältnisse gelebt. Das waren andere!“ Die Gewerkschaften hätten 6,5 Millionen Mitglieder in Deutschland – mehr als alle politischen Parteien zusammen. Die Arbeitnehmer hätten den Wohlstand in Deutschland erarbeitet. Für Banken wie die Commerzbank oder die Hypo Real Estate habe der Staat weit über 100 Milliarden Euro aufgewendet. „Die Verursacher der Krise sollen nun bitte auch die Verantwortung übernehmen.“

Diejenigen, die stets die Freiheit des Marktes und Eigenverantwortlichkeit predigten, sollen das nun auch einfordern!“

Vehement sprach sich der Funktionär gegen Leiharbeit und für einen Mindestlohn aus. Man habe eine Vielzahl von Tarifverträgen. Aber es gebe eine Arbeitnehmergruppe, die sei davon nicht erfasst, nämlich die Leiharbeiter. Diese seien Arbeiter zweiter Klasse, die oft Hungerlöhne erhielten. Entgegen den Behauptungen würden Leiharbeiter längst nicht lediglich zum Abfangen von Produk-

tionsspitzen eingesetzt. Sie seien fester Bestandteil in manchen Betrieben und würden auch dazu benutzt, um über Dumpinglöhne Druck auf die festen Arbeitsverträge auszuüben. „Wir müssen die Leiharbeit abschaffen oder verbindliche Regeln für sie finden.“

Gesetzliche Mindestlöhne sieht Hildebrandt keineswegs als Gefährdung der Arbeitsplätze, im Gegenteil. Dies habe das Beispiel England gezeigt, wo die Mindestlöhne für eine Konsumbelebung gesorgt hätten. Löhne, von denen man leben kann, hätten auch etwas mit Würde zu

tun. Man dürfe Menschen, die 38 Stunden in der Woche arbeiten, nicht auf das Sozialamt schicken. Unzufrieden zeigte sich der NGG-Landesvorsitzende mit der Vermögensverteilung in Deutschland. Es nütze den abhängig Beschäftigten nichts, wenn sie „im Durchschnitt wohlhabend“ seien. Hildebrandt prangerte die Mega-Gehälter von Managern am Beispiel von Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann an. Der habe 2008 14 Millionen Euro verdient. „Jede Woche 250 000 Euro, jede Woche ein Eigenheim, für das ein normaler Arbeitnehmer ein ganzes Leben lang arbeiten muss.“

Laut Klaus Melder, Vertreter der Ortenau in der Sektion Südbaden-Hochrhein des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), sei die Stimmung bei den Einzelgewerkschaften in der Ortenau angespannt, auch wenn die Krise sich auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche bislang sehr unterschiedlich ausgewirkt habe. „Wir waren in der Ortenau sehr schnell bei hohen Kurzarbeiterzahlen und müssen nun sehen, wie es weitergeht.“

Zwei Jahre Kurzarbeitergeld könnten etliche Betriebe nicht durchhalten, so Melder, weshalb man zum Teil Entlassungen nicht ausschließt, sollte sich die Lage nicht entspannen.

INFOBOX

WITZIG UND FRANK

Zeichnet sich für die Belegschaft von Witzig & Frank ein Silberstreif am Horizont ab? Bis zum 31. Mai hat die Firma Zeit, einen Investor zu finden. Klaus Melder vom Deutschen Gewerkschaftsbund Ortenau erklärte gestern im Rahmen der Offenburger Maikundgebung in Absprache mit der IG Metall, dass man ernstzunehmende Kontakte bezüglich einer Übernahme der Firma habe. Es seien noch nicht alle Fragen geklärt, und es sei noch nichts unterschrieben, so

Melder. Doch bestehe begründete Hoffnung, dass ein Investor einsteigt und die Produktion wieder aufgenommen werden kann. Bekanntlich stehen durch die Schließungsabsichten des amerikanischen Mutterkonzerns MAG 200 Arbeitnehmer der Offenburger Traditionsfirma vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes.

Aufgrund der Schließungspläne hat sich bei Witzig & Frank der Betriebsrat gemeinsam mit der IG Metall auf die Suche nach einem Investor begeben. **rob**